

**Zusammenfassung wichtiger Auflagen der Kulturförderrichtlinie &
der Allgem. und besonderen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung**
(ANBest-P, Anlage zu § 44 der Nieders. Landeshaushaltsordnung)

Dieses Blatt ist ein Service des LaT, alle Angaben sind ohne Gewähr, keine Haftung für Vollständigkeit. 4/2025

1. Presse/Öffentlichkeitsarbeit

Hinweis auf Förderung: In unterstützenden Publikationen, in Veröffentlichungen und auf Plakaten geförderter Veranstaltungen etc. ist auf die Förderung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur und durch den Landesverband Theaterpädagogik Niedersachsen hinzuweisen. Die Logos und Nutzungshinweise finden Sie unter www.mwk.niedersachsen.de/logo sowie unter <https://www.lat-niedersachsen.de/downloadbereich/>

2. Verwendungen und Ausgaben

Änderung Ausgaben: Im Falle einer Reduzierung der Gesamtausgaben, Erhöhung oder Hinzukommen neuer Deckungsmittel nach Erhalt des Zuwendungsbescheids kann es spätestens nach Prüfung des Verwendungsnachweises zu einem (Teil-)Widerruf der Zuwendung nach § 49 VwVfG aufgrund nicht zweckentsprechender Verwendung der Fördermittel kommen (siehe auch 4. Mitteilungspflichten)

Sachausgabenpauschale: Bei Projektförderungen kann, soweit Personalausgaben zuwendungsfähig sind, eine Sachausgabenpauschale von bis zu 9 % der berücksichtigungsfähigen Personalausgaben gewährt werden. Hierzu können insbesondere Ausgaben für die Bereitstellung von Räumen, für die Büroausstattung sowie für Verbrauchsmaterialien geltend gemacht werden. Die nähere Ausgestaltung kann in den spezifischen Förderkriterien und Förderrichtlinien des MWK erfolgen. Die Sachausgabenpauschale ergibt sich aus der Allgemeinen Kulturförderrichtlinie, sie gilt nur noch bis 31.12.2025.

Versicherungen: Ausgaben für freiwillige Versicherungen sind im Einzelfall zuwendungsfähig, sofern sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und entsprechenden Risikoabwägungen begründet sind. Die Möglichkeit der Zuwendungsfähigkeit muss im Vorfeld mit dem LaT abgeklärt werden.

Spätere Ausgaben: Ausgaben, die nach Ende des Bewilligungszeitraumes geleistet werden (z. B. GEMA, Künstlersozialkasse), sind dann zuwendungsfähig, wenn die entsprechenden Rechtsverpflichtungen innerhalb des Bewilligungszeitraumes eingegangen wurden.

Ehrenamt: Bei Projektförderungen kann bei dem zu erbringenden Eigenanteil auch ehrenamtliches Engagement in der Form von freiwilligen, unentgeltlichen Arbeiten als fiktive Ausgabe in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden: mit 15 EUR/Stunde, maximal bis zur Höhe von 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Leistungen in Erfüllung einer Verpflichtung aus einem Beschäftigungsverhältnis oder einer organschaftlichen Stellung bei dem Letztempfänger gelten nicht als ehrenamtliches Engagement i. S. dieser Vorschrift. Näheres kann von den spezifischen Förderkriterien und Förderrichtlinien des MWK geregelt werden. Die Bestimmung entstammt der Allgemeinen Kulturförderrichtlinie, die zum 31.12.2025 ausläuft.

Beschaffte Gegenstände: Der Zuwendungsempfänger hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert ohne Umsatzsteuer 410 Euro übersteigt, zu inventarisieren (...).

Reisekosten und Übernachtungsgeld: Anfallende Reisekosten sowie Kosten für Übernachtung und Verpflegung können nur insoweit als zuwendungsfähig anerkannt werden, als sie den aktuellen Vorschriften des § 84 Niedersächsisches Beamten-gesetz (NBG) in Verbindung mit der Niedersächsischen Reisekostenverordnung (NRKVO) in der Fassung vom 09.12.2024 und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften entsprechen.

Die wesentlichen Änderungen Nds. Reisekostenverordnung sind:

- Die bisher getroffenen Regelungen hinsichtlich der Anpassung der Sätze für die Wegstreckenentschädigung (25 Cent und 38 Cent anstatt 20 Cent und 30 Cent), die bis zum 31.12.2024 befristet waren, werden darin verstetigt.
- **Privates Kraftfahrzeug: 0,25€/km.** Die Wegstreckenentschädigung bei Benutzung eines privaten Kraftfahrzeuges oder eines anderen privaten motorbetriebenen Beförderungsmittels beträgt 25 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke, höchstens jedoch 125,00 EUR je Dienstreise (§ 5 Abs. 2 Satz 1 NRKVO).
- **Sonderregelung Privatfahrzeug: 0,38€/km.** Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 NRKVO beträgt die Wegstreckenentschädigung 38 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke, wenn vor Antritt der Dienstreise das erhebliche dienstliche Interesse an der Benutzung eines privaten Kraftwagens festgestellt wurde. Bei einer vorliegenden Dauergenehmigung ist eine reisekostenrechtlich relevante Begründung im Wege der Abrechnung durch den Reisenden anzugeben.
- **Privates (E-)Fahrrad, Scooter: 0,10€/km.** Die Wegstreckenentschädigung für Fahrten mit einem privaten Fahrrad, mit einem privaten Fahrrad mit Elektroantrieb, wenn es nach § 1 Abs. 3 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. August 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 266) kein Kraftfahrzeug ist, und mit einem privaten Elektrokleinstfahrzeug (z. B. E-Scooter) gemäß § 1 der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung wird auf 10 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke erhöht (§ 5 Abs. 5 NRKVO).
- **Bahncard/ Netz- und Zeitkarten:** anteilige Erstattung. Durch die Änderung des § 4 NRKVO ist nunmehr auch die anteilige Erstattung für die BahnCard 25 und von Netz- oder Zeitkarten unter den dort genannten Bedingungen möglich.
 - Nutzt eine Dienstreisende oder ein Dienstreisender eine nicht aus dienstlichen Gründen erworbene BahnCard, Netzkarte oder Zeitkarte für Dienstreisen, liegen aber die weiteren Voraussetzungen nach Satz 1 nicht vor, so werden die Anschaffungskosten nach Ablauf der Gültigkeit der Karte anteilig erstattet, und zwar
 1. für eine **BahnCard 100**
 - a) in Höhe der Anschaffungskosten einer BahnCard Business 50 der niedrigsten Beförderungsklasse, wenn sich die Reisekostenvergütung um einen Betrag verringert hat, der den Anschaffungskosten dieser Karte entspricht oder sie übersteigt, oder
 - b) in Höhe der Anschaffungskosten einer BahnCard Business 25 der niedrigsten Beförderungsklasse, wenn sich die Reisekostenvergütung um einen Betrag verringert hat, der den Anschaffungskosten dieser Karte entspricht oder sie übersteigt,
 2. für eine **BahnCard 50** in Höhe der Anschaffungskosten einer BahnCard Business 25 der niedrigsten Beförderungsklasse, wenn sich die Reisekostenvergütung um einen Betrag verringert hat, der den Anschaffungskosten dieser Karte entspricht oder sie übersteigt,

3. für eine **BahnCard 25** in Höhe der Hälfte der Anschaffungskosten einer BahnCard Business 25 der niedrigsten Beförderungsklasse, wenn sich die Reisekostenvergütung um einen Betrag verringert hat, der der Hälfte der Anschaffungskosten dieser Karte entspricht oder sie übersteigt, sowie

4. für eine **andere Netzkarte oder Zeitkarte** in Höhe der Hälfte der Anschaffungskosten einer entsprechenden Netzkarte oder Zeitkarte der niedrigsten Beförderungsklasse, wenn sich die Reisekostenvergütung um einen Betrag verringert hat, der der Hälfte der Anschaffungskosten dieser Karte entspricht oder sie übersteigt.

Übernachtungsgeld

- In § 8 Abs. 1 Satz 1 wird der begründungsfreie Betrag für das **Übernachtungsgeld** von 80 Euro auf **100 Euro** angehoben.
- **Reisekosten dienstliche Fortbildung:** Die Regelung des § 23 wurde gestrichen, sodass Reisekosten auch für Fahrten aus Anlass der dienstlichen Aus- und Fortbildung im Umfang einer Dienstreise gewährt werden und für die Reisen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst die Regelungen des § 5 NRKVO gelten.

3. Belege

Eigenbelege sind nicht zuwendungsfähig, bei Vorlage des Verwendungsnachweises werden auch für Honorare ausschließlich Rechnungen mit Steuernummer anerkannt.

Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck. Außerdem müssen die Belege ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem Projekt (z.B. Projektnummer) enthalten. Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und dass die Angaben mit den Büchern und ggf. den Belegen übereinstimmen.

Die Belege und Verträge sind mind. 5 Jahre aufzubewahren.

4. Mitteilungspflichten

Änderungen und Abweichungen zum anerkannten Ausgaben- und Finanzierungsplan sind dem LaT umgehend mitzuteilen, sobald die einzelnen Ausgabeansätze um mehr als 20 % überschritten werden oder weitere Drittmittel hinzukommen oder sich erhöhen.

Mitteilungspflicht besteht bei nachträglicher Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung: Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Verwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

Mitteilungspflicht besteht, wenn sich der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen.